

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 09.06.2008

AN/1279/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	24.06.2008

Vakante Schulleiterstellen in Köln

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 24.06.2008 zu setzen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt mit der Zielsetzung einer forcierten Besetzung der in Köln vakanten Schulleiterstellen im Grundschulbereich eine maßgebliche Attraktivierung des Stellen- bzw. Aufgabenprofils durch

1. eine Aufstockung der Stellen für Schulsekretärinnen zur Unterstützung und Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter,
2. ein Angebot bedarfsorientierter Schulungs- und Coaching-Maßnahmen für die Schulleiterinnen und Schulleiter,
3. eine verbesserte Arbeitsplatzausstattung der Schulleiterstellen,
4. eine Unterstützung potentieller Bewerberinnen und Bewerber bei der Grundstücks- oder Wohnungssuche in Schulnähe und Hilfestellung bei der Suche nach Betreuungsangeboten für deren Kinder sowie
5. eine politische Initiative der Stadt Köln mit dem Ziel, bei der Landesregierung für eine Anhebung der Besoldung im Landesbeamtengesetz einzutreten. Der Oberbürgermeister wird gebeten, eine diesbezügliche Resolution ausarbeiten und dem Schulausschuss zur Beschlussfassung vorlegen zu lassen.

Begründung:

Die Schulverwaltung hat dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung am 09.06.2008 eine dezidierte Aufstellung der Schulleiterstellen vorgelegt, die bereits vakant sind oder dies werden. Diese Auflistung führt 22 unbesetzte Schulleiterstellen an den insgesamt 145 Grundschulen in Köln auf.

Diese hohe Zahl der Vakanzen verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf, um für die Grundschulen in Köln eine fachlich fundierte Leitung sicherzustellen und zu vermeiden, dass zunächst als kurzfristige Problemlösung eingerichtete Vertretungsregelungen zu Dauereinrichtungen werden.

Daher muss den bekannten Problemlagen und Kritikpunkten, die im Übrigen auch in Schulleiterkreisen zunehmend intensiv diskutiert werden, mit gezielten Lösungsstrategien entgegen gewirkt werden.

Problematisch ist beispielsweise die in Köln vorherrschende knappe Ausstattung der Grundschulen mit Sekretärinnen. Dies führt dazu, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter nahezu regelmäßig büroorganisatorische Arbeiten (z.B. Telefonate, Abwicklung von Korrespondenz usw.) selbst übernehmen müssen. Hierdurch entstehen zwangsläufig negative Auswirkungen auf den eigentlichen Aufgaben- bzw. Zuständigkeitsbereich.

Weiterhin gilt es, den Schulleiterinnen und Schulleitern konkretere Informations- und Unterstützungsleistungen als bisher bei der Zusammenarbeit mit dem Kölner Schulträger anzubieten und auch die räumliche und technische Ausstattung der Arbeitsplätze zu optimieren.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass potentielle Bewerber um Schulleiterstellen nicht nur aus Köln oder der näheren Umgebung stammen, so dass eine gezielte Hilfestellung bei der Grundstücks- oder Wohnungssuche sowie eine Unterstützung nach Betreuungsmöglichkeiten für deren Kinder eine Entscheidung für die Übernahme einer Grundschulleitung in Köln durchaus positiv beeinflussen können. Auf diesem Weg kann Interessenten aus dem gesamten Bundesgebiet ein zusätzlicher Anreiz geboten werden.

Letztlich ist neben den Aktivitäten, die auf kommunaler Ebene ergriffen werden können in enger Abstimmung mit der Landesregierung darauf hinzuwirken, dass die aufgrund der Besoldungsstruktur fehlende Attraktivität der Schulleiterstellen an Grundschulen durch eine diesbezügliche Überarbeitung des Landesbeamtengesetzes maßgeblich gesteigert wird. Daher wird die Erarbeitung einer Resolution der Stadt Köln vorgeschlagen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion können die aufgezeigten Lösungsansätze einen wirksamen Beitrag zu einer Situationsverbesserung leisten und positiven Einfluss auf die Motivation potentieller Bewerberinnen und Bewerber für eine Grundschulleiterstelle nehmen.

Abschließend ist anzumerken, dass eine langfristige Vakanz von Schulleiterstellen regelmäßig dazu führt, dass eine Aufgabenübernahme durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter, häufig aber auch durch das gesamte Lehrerkollegium erfolgt und hierdurch Unterrichtsausfälle zu Lasten der Kinder in Kauf genommen werden müssen. Dies ist nicht hinnehmbar.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Winrich Granitzka
Fraktionsvorsitzender